

AKTUELL

WÄHLEN MIT 16

Einmal Vorreiter sein

Richard Graf

Trotz strahlendem Sonnenschein, Champions-League und Osterferien war die Podiumsdiskussion der Jugendkonferenz (CGJL) am Mittwoch recht gut besucht.

Knapp zwei Monate vor dem Referendum sieht sich die CGJL in einer Klemme: Für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre spricht sich nur etwa einer von drei Wahlberechtigten aus! Wie sich die betroffenen 16- und 17-Jährigen dazu positionieren, wurde bislang nicht erhoben worden. Als Indikator dienen die 18-24-Jährigen, die sich auch mehrheitlich gegen eine Herabsetzung aussprechen, wenn auch etwas knapper. Und: Junge männliche Erwachsene sind eher für das Wahlalter ab 16, junge Frauen mehrheitlich dagegen.

Das Argument, die Jugendlichen selbst seien gegen eine Herabsetzung des Wahlalters, kennt auch Eva Zeglöwits. Die Wiener Politikwissenschaftlerin präsentierte die Erfahrungen, die in Österreich mit der seit 2007 geltenden Herabsetzung gemacht wurden. Sie entsprang damals einer Art Kuhhandel zwischen SPÖ und Grünen einerseits und der ÖVP andererseits: Während die einen sich für die Jugendlichen einsetzten, erhielten die Konservativen das Briefwahlrecht.

Modell Österreich

Auch in Österreich war die Bevölkerung nicht mehrheitlich für die Herabsetzung. Inzwischen „hat man sich gewöhnt“, und die Erfahrungen in Bezug auf die Begeisterungsfähigkeit der Jugendlichen sind durchaus positiv.

Wichtig war die gute Vorbereitung der jungen WählerInnen. Die politische Bildungsarbeit in den Schulen wurde verstärkt. Und dort, wo in diesem Sinne viel passierte, war dann auch am Ende die Wahlbeteiligung der Jugendlichen am größten. Junge Menschen, die nur unregelmäßig die Schule besuchen, wie etwa Lehrlinge im dualen System, fielen dagegen bei der Wahlbeteiligung ab.

Auch in Österreich gab es eine Diskrepanz zwischen Geschlechtern: Junge Frauen sahen sich selber weniger gut informiert als junge Männer - und entsprechend zurückhaltender war ihre Einstellung zur Herabsetzung des Wahlalters.

Ein erhoffter Nebeneffekt der nicht eintraf: In den Parteiprogrammen wurden Jugend-Themen - etwa die Bildungspolitik - nach der Änderung nicht stärker gewichtet.

In der von Jürgen Stoldt (forum) moderierten Debatte überwogen dann die BefürworterInnen. Als ausgesprochener Gegner zeigte sich nur der CSV-Vorsitzende Marc Spautz, der kurzfristig auch Jugendminister war. Skeptische, wenn auch nicht gänzlich negative Töne gab es einerseits von Helmut Willerns, von der Uni Luxemburg, und Charles Margue von TNS-Ilres, der vor allem die schlechte Vorbereitung des Referendums bemängelte. Die Notwendigkeit gerade in dieser Frage zu handeln werde so von vielen nicht eingesehen.

Neben Gina Árvai von den Jonk Gréng und Luc Ramponi vom OGI brach auch Alex Bodry, LSAP-Fraktionschef und Vorsitzender der Verfassungskommission, eine Lanze für das Wahlalter mit 16 - wobei er sich etwas schwertat, zu erklären, weshalb seine Fraktion noch 2012 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag mit abgeschmettert hatte.

Während die CSV sich daran stört, dass in der Referendumsfrage die Entscheidung zum Wahlrecht für Jugendliche nur fakultativ sein soll, sehen die Befürworter - und darunter vor allem die CGJL - darin eine Stärke des Vorschlags: Es sollen nur jene an Wahlen teilnehmen, die das Gefühl haben, zu wissen wofür sie das tun. Es wären übrigens nicht die einzigen, denen eine Option statt einer Wahlpflicht zugestanden würde: Auch ältere MitbürgerInnen dürfen den Urnen ohne Angabe von Gründen fernbleiben.

Marc Spautz argumentierte auch mit der noch nicht vorhandenen Großjährigkeit, die er als Voraussetzung für das höchste Gut in der Demokratie erachtet. Allerdings sieht die Gesetzgebung schon jetzt einen stufenweisen Übergang aus der kindlichen Unmündigkeit bis zum Erwachsenwerden vor. Etwa hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit oder des Biertrinkens in der Öffentlichkeit - wie der CGJL-Vorsitzende in seiner Begrüßungsrede feststellte.

Gina Árvai sieht in dem Referendum die Chance für Luxemburg, in einer derzeit überall in Europa diskutierten Frage eine Vorreiterrolle zu spielen. Denn die - auch von der CSV propagierte - stärkere Einbindung Jugendlicher in politische Fragen, etwa über Jugendparlamente, habe bei einigen den Appetit auf mehr Mitsprache und Mitbestimmung angeregt. Die Gewährung eines fakultativen Wahlrechts für 16- und 17-Jährige wäre da nur die logische Konsequenz. Und: In zwanzig Jahren werde sie sowieso überall die Norm sein.

SHORT NEWS

La charte qui ne protège pas vos données

(lm) - De plus en plus liberticide, les jugements de la Cour de justice de l'Union européenne. Alors que son pouvoir augmente, sa jurisprudence a tendance à protéger de moins en moins les droits fondamentaux. Pour exemple, l'arrêt décevant en matière de droit d'asile dans l'affaire du déserteur André Shepherd (woxx 1308). Et voici qu'elle clarifie ce que les citoyens européens ont à attendre des traités européens en matière de protection des données personnelles : rien. Des citoyens néerlandais avaient refusé de se laisser prendre les empreintes digitales lors de la confection de passeports, redoutant que leur État n'utilise ces données à d'autres fins que celles prévues. Or, le règlement européen rendant obligatoire la saisie de ces données biométriques exclut effectivement leur utilisation à d'autres fins. Mais il le fait « sans préjudice de toute autre utilisation ou conservation » - c'est-à-dire que les États usent et abusent de ces données comme ils l'entendent. Par ailleurs, l'article 8 de la fameuse Charte des droits fondamentaux, joyau du traité de Lisbonne, précise que les données personnelles ne peuvent être traitées qu'« à des fins déterminées ». Mais, a estimé la Cour, si le règlement européen ne s'applique pas, la question n'entre pas dans le champ d'application du droit de l'Union - la Charte est donc hors-jeu. Poubelle !

Regroupement familial : des réponses

(da) - La semaine passée, nous avons constaté qu'à la Direction de l'immigration, personne n'était disponible pour répondre à nos questions concernant les blocages administratifs en matière de regroupements familiaux (woxx 1314). Finalement, la Direction de l'immigration nous a répondu par e-mail - après parution de l'article de la semaine dernière. Oui, il est possible qu'elle refuse une demande de regroupement familial faite dans les trois mois après l'obtention du statut de réfugié politique - si le lien familial entre le demandeur et la personne pour laquelle la demande a été faite ne peut être prouvé. Et oui, les personnes concernées sont informées de la procédure simplifiée qui peut se faire dans les trois premiers mois, lors de la notification sur l'obtention du statut de réfugié politique. Une fois le délai des trois premiers mois passé, et avec lui l'occasion d'engager une procédure simplifiée, combien de temps peut mettre la procédure ? En principe, le ministre a jusqu'à neuf mois pour prendre une décision, nous explique-t-on à la Direction de l'immigration, mais dans des cas exceptionnels, ce délai peut être prolongé. Rien de bien nouveau, en somme.

Wider der Gentrifizierung

(avt) - Dass Bürgermeister auf kommunaler Ebene durchaus einen Spielraum haben, in den Plan d'aménagement generale (PAG) einzugreifen, bewies der grüne Bürgermeister Differdingens, Roberto Traversini, mit einem wichtigen Beschluss: Im Oktober 2014 erließ er ein Verbot, Einfamilienhäuser in Differdingen abzureißen. Am 28. Januar bestätigte der Differdinger Gemeinderat diese Entscheidung, am vergangenen Montag wurde sie vom Ministerium bestätigt. Traversini greift damit zwar nicht direkt in den Mietmarkt ein, machte aber mit seiner Entscheidung Promotoren und Bauherren einen Strich durch die Rechnung, die auf leerstehende Häuser spekulieren, um dort Wohnblöcke zu bauen. Die Preise für Einfamilienhäuser dürften durch Traversinis Entscheidung zumindest nicht weiter steigen. In der 24.000-Einwohner zählenden Süd-Gemeinde Differdingen wurden in bloß neun Jahren 87 Häuser zerstört und an ihrer Stelle 66 Wohnblöcke errichtet.

